

Musterklausur 3 – Lösungshinweise

Inhaltlicher Schwerpunkt: (Nachfrageorientierte) Wirtschaftspolitik

1. Der Autor von **M1** fordert: „Die Löhne müssen stärker steigen als in der Vergangenheit“ (Z. 58 ff.). Arbeiten Sie heraus, mit welchen Argumenten er seine Forderung begründet!

„Herausarbeiten“ heißt, dass dem Text Argumente zu entnehmen sind, die den Gedankengang des Autors verdeutlichen. Die Textwiedergabe sollte die Argumentation des Autors strukturiert wiedergeben, in eigenen Worten zusammenfassen und belegen.

Der Autor von M1 fordert **Lohnsteigerungen**, um den Aufschwung nachhaltig zu sichern (vgl. Z. 24 ff.) und um eine **leistungsgerechtere Verteilung zwischen Kapital und Arbeit** zu erreichen (vgl. Z. 30 ff., Z. 38 ff.).

Vor der Finanzkrise seien die Lohnsteigerungen hinter den „mittelfristigen Produktivitätszuwächsen“ (Z. 28 f.) zurückgeblieben. Diese Lohnmäßigung habe zu einer „**Vermögensballung**“ (Z. 34) geführt. Auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagen auf einem entfesselten Finanzmarkt habe das so entstandene Kapital überhaupt erst zum „Entstehen der Krise“ (Z. 29) beigetragen.

Der Autor räumt ein, dass die Lohnzurückhaltung in Deutschland zu „**Wettbewerbsvorteilen für die Exportindustrien**“ (Z. 40 f.) und zu einem Außenhandelsüberschuss geführt habe.

Allerdings sei der bisherige Aufschwung der deutschen Exportwirtschaft nur den weltweiten Konjunkturprogrammen (Z. 14 ff.) geschuldet. Aufgrund der Verschuldung könnten sich aber zukünftig die Kunden in den USA und im europäischen Ausland diesen Konsum nicht mehr leisten und China könne den Wegfall dieser Märkte nicht kompensieren (Z. 46 ff.).

Um einen „selbsttragenden Aufschwung“ (Z. 22 f.) herbeizuführen, müsse man deshalb die **Binnennachfrage stärken** und dazu gehörten „leistungsgerechte“ (Z. 56), d. h. an der Produktivität orientierte Löhne.

Außerdem begründet der Autor von M1 seine Forderung nach Lohnerhöhungen mit dem Argument der **Verteilungsgerechtigkeit**: Eine als ungerecht beurteilte „Umverteilung von unten nach oben“ (Z. 60 f.) müsse ein Ende haben.

2. Ordnen Sie M 1 begründet einer wirtschaftspolitischen Grundkonzeption zu!

„Zuordnen“ bedeutet, **M1** mithilfe geeigneter Merkmale als Anhänger einer bestimmten wirtschaftspolitischen Richtung zu identifizieren und diese Einschätzung zu begründen.

M1 lässt sich der **Nachfragetheorie** des englischen Nationalökonomen John Maynard Keynes zuordnen.

Die Ursache einer Wirtschaftskrise ist nach Keynes auf eine **unzureichende gesamtwirtschaftliche Nachfrage** zurückzuführen. Auch der Autor von M1 sieht den vermeintlichen Aufschwung nicht gesichert, denn die Binnen-nachfrage sei „über Jahre hinweg“ (Z. 30 f.) durch Lohnzurückhaltung geschwächt worden.

Eine Lohnsenkung, um die Kosten der Unternehmen zu senken und international Wettbewerbsvorteile zu sichern – das Rezept der Klassiker zur Krisenbewältigung –, lehnen Keynes und der Autor von M1 gleichermaßen ab. Lohnzurückhaltung führe letztlich nur Verringerung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte und sei damit Ursache von Konjunkturerinbrüchen (Z. 27 ff.).

Dagegen sei für einen nachhaltigen Aufschwung die **Erhöhung der (Binnen-)Nachfrage** erforderlich (Z. 54 ff.). Für Keynes ist in der Krise nur der Staat in der Lage, durch Verschuldung zusätzliche Nachfrage zu schaffen. Der Autor von M1 anerkennt den Erfolg der „**weltweiten Konjunkturprogramme**“ (Z. 15 f.), die zu einer Belebung der Auslandsnachfrage beigetragen hätten. Darüber hinaus sollten seiner Meinung nach aber auch **höhere Löhne** für zusätzliche Nachfrage und eine Konjunkturbelebung sorgen.

3. Auch der Autor von **M2** setzt sich mit der Lohnpolitik nach dem Ende der Finanzkrise auseinander. Vergleichen Sie seine Position mit der von **M1**!

„Vergleichen“ erfordert eine Gegenüberstellung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den Haltungen von M1 und M2 zur aktuellen Lohnpolitik.

Im Unterschied zu M1 betont M2, dass höhere Löhne den Unternehmen auch **höhere Kosten** verursachten. So hätten die Unternehmen in der Krise einen Produktionseinbruch hinnehmen müssen, aber die Löhne nicht gesenkt. Auf diese Weise seien die Lohnstückkosten um 15,6 Prozent gestiegen.

Lohnerhöhungen, wie sie M1 fordert, führten nach M2 letztlich zu einem „**Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen**“ (Z. 15 f.). Außerdem bestehe die Binnennachfrage auch aus **Investitionen** (Z. 22 f.), die nur dann getätigt würden, wenn sich die Kosten der Unternehmen nicht erhöhten. Ausschlaggebend für die Konsumnachfrage ist nach Ansicht von M2 die Entwicklung der **Beschäftigung** (vgl. Z. 31 ff.) und nicht der Löhne.

Während M1 höhere Löhne für eine „flourierende Binnennachfrage“ (Z. 55 f.) fordert, plädiert M2 für eine „**beschäftigungsorientierte Lohnpolitik**“ (Z. 40 f.), welche die Kosten der Unternehmen im Blick hat. Letztlich beharrt M2 damit auf der Forderung nach Lohnmäßigung, die M1 so vehement bekämpft (vgl. M1, Z. 24 ff.).

4. Überprüfen Sie, inwieweit sich die Aussagen von **M2** zur Lohnpolitik anhand des Materials **M3** belegen lassen!

„Überprüfen“ verlangt, die Behauptungen von M2 zur Lohnpolitik an den in M3 ausgewiesenen Zahlen zu messen und eine Beurteilung zu formulieren.

1. M2 weist die Forderung nach stark steigenden Löhnen (wie sie M1 erhebt) mit dem Argument zurück, die Wirtschaft müsse nach der Finanzkrise 2009 erst wieder produktiver werden (Z. 12 f.). In der Krise sei die Produktion zurückgegangen, aber die Löhne nicht, was zu höheren Kosten und damit zu Einnahmeverlusten bei den Unternehmen geführt habe.
2. M3 zeigt, dass der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen im dargestellten Zeitraum (sogar in der Krise 2009) leicht gestiegen ist, während die Einkommen aus Unternehmen und Vermögen im Krisenjahr 2009 um 12,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gefallen sind und auch 2010 noch nicht wieder den Wert von 2008 erreicht haben. M3 bestätigt daher die Ansicht von M2, dass die Belastung der Unternehmen durch die Krise noch nicht beendet sei.
3. M2 behauptet ferner, dass die Wirtschaftskrise (Arbeitslosigkeit) nur dadurch zu überwinden sei, wenn man die Investitionen fördere (vgl. M2, Z. 22 ff.). Zur Begründung ließen sich auch hier die Zahlen von M3 anführen: Während die privaten Konsumausgaben im Krisenjahr 2009 nur geringfügig gesunken sind (um 0,2 Prozent), sind die Investitionen („Ausrüstungen“) um 22,6 Prozent regelrecht eingebrochen.
4. Nicht nachgeprüft werden kann die Behauptung, eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik würde zu mehr Beschäftigung und in der Folge zu mehr Konsum führen (vgl. Z. 39 ff.). M3 enthält keine Arbeitsmarktzahlen und der ausgewählte Zeitraum (lediglich drei Jahre) schränkt die Aussagekraft der Zahlenwerte insgesamt deutlich ein.

5. Der Autor von **M1** fordert, Deutschland müsse „**stärker auf seine Binnennachfrage setzen**“ (Z. 54 f.). Zeigen Sie, wie die Instrumente einer nachfrageorientierten Finanzpolitik in der Rezession eingesetzt werden und wie sie wirken sollen!

„Zeigen“ erfordert hier eine zusammenhängende und schlüssige Darstellung der Wirkungskette von Maßnahmen einer nachfrageorientierten Finanzpolitik.

Die Nachfragetheorie nach Keynes geht davon aus, dass eine unzureichende **gesamtwirtschaftliche Nachfrage** Konjunkturkrisen verursacht und dass die sogenannten „Selbstheilungskräfte des Marktes“ nicht ausreichen, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und das Produktionsniveau zu steigern. Unternehmen investieren nur dann, wenn eine entsprechende Nachfrage zu erwarten sei. Nur der **Staat** könne durch eine **antizyklische Finanzpolitik** (Steuerpolitik) auch in der Krise für zusätzliche Nachfrage sorgen.

Maßnahmen einer nachfrageorientierten Finanzpolitik könnten u. a. sein:

- **Erhöhung der staatlichen Ausgaben** (z. B. für Infrastrukturmaßnahmen wie Ausbau von Verkehrswegen), wodurch die Güternachfrage unmittelbar ansteigt.
- **Steuersenkungen**, die die verfügbaren Einkommen privater Haushalte und damit die Konsumgüternachfrage erhöhen.
- **Investitionszulagen**, die dazu anregen, geplante oder zurückgestellte Investitionen vorzuziehen.

Der Einsatz dieser Instrumente soll als **Initialzündung** für mehr Aufträge und Beschäftigung in den betroffenen Branchen (Bau, Zulieferer) sorgen. Ein höheres Einkommen in diesen Branchen soll wiederum zu einer höheren Konsumgüternachfrage führen (**Multiplikator-Effekt**).

Mehr Nachfrage in der Konsumgüterindustrie soll dann mehr private Investitionen nach sich ziehen und für mehr Beschäftigung in der Investitionsgüterindustrie sorgen (**Akzelerator-Effekt**).

Am Ende soll ein Zuwachs an Beschäftigung, Produktion und Einkommen stehen, der zu ausreichend Wachstum führt (Überwindung der Krise).

Geldpolitische Maßnahmen (z. B. Senkung der Zinssätze) sind bei dieser Frage ausdrücklich nicht gefragt. Bei der in M1 und M2 angesprochenen Lohnpolitik müssten sich staatliche Akteure aufgrund der Tarifautonomie auf **lohnpolitische Appelle** beschränken.

6. Erörtern Sie Stärken und Schwächen der Nachfragetheorie nach Keynes!

„Erörtern“ verlangt ein Abwägen von Pro- und Contra-Argumenten und ein abschließendes, begründetes Urteil. Dabei können die Argumente und Beispiele aus M1 und M2 aufgegriffen werden. Folgende Aspekte könnten angeführt werden:

Stärken:

- Eine nachfrageorientierte Politik stärkt den (inländischen) Konsum.
- Sie vermeidet im Erfolgsfall Massenarbeitslosigkeit und gefährdet nicht die sozialstaatlichen Errungenschaften (z. B. Transferzahlungen bei Arbeitslosigkeit oder Mindestlöhne).
- Staatliche Infrastrukturmaßnahmen (z. B. „Investitionen“ in Bildung und Forschung) führen zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und damit zu mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Schwächen:

- Zwischen der politischen Entscheidungsfindung, der anschließenden Umsetzung finanzpolitischer Maßnahmen und ihrer Wirkung gibt es zum Teil erhebliche zeitliche Verzögerungen (time lags).
- Staatliche Investitionen können private Investitionen verdrängen (crowding out).
- Die Ausgaben des Staates für die Konjunkturprogramme sind in aller Regel nur durch Kredite zu finanzieren, was zu einer steigenden Staatsverschuldung führt. Die von Keynes vorgesehene Rückzahlung der Kredite in der Hochkonjunktur ist erfahrungsgemäß (aus politischen Gründen) nur in den seltensten Fällen möglich.
- Mit steigender Staatsverschuldung wächst auch die Abgaben- und Steuerlast, so dass auf lange Sicht das Wachstum (der Investitions- und Konsumausgaben und damit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage) geschwächt wird.